

Tobias Trütsch:
Anonym, greifbar und kreditrisikolos.

Die Rückkehr des «Bezahl-Schmerzes»

Der Abwärtstrend der Bargeldnutzung ist gestoppt: Rund jede dritte Zahlung in der Schweiz erfolgt wieder in bar. Am meisten Geld wird aber mit der Kreditkarte ausgegeben, zeigt eine aktuelle Studie von HSG und ZHAW. Tobias Trütsch, Managing Director des Center for Financial Services Innovation, weiss warum.

Im Zahlungsverhalten von Herr und Frau Schweizer spielt Bargeld auch nach der Coronapandemie eine wichtige Rolle. 29 Prozent der täglichen Zahlungen werden bar bezahlt – und damit mehr als mit der Debitkarte (27 Prozent) oder der Kreditkarte (18 Prozent). Dies zeigt der zum sechsten Mal durchgeführte Swiss Payment Monitor der ZHAW School of Management and Law und dem Center for Financial Services Innovation der Universität St.Gallen. Für die Untersuchung wurden Ende 2022 rund 1450 Personen repräsentativ für die ganze Schweiz befragt. Doch weshalb ist Bargeld im digitalen Zeitalter immer noch so beliebt? Das liegt gemäss Tobias Trütsch, Managing Director des Center for Financial Services Innovation, unter anderem an den einzigartigen Eigenschaften, die Bargeld im Vergleich zu anderen Zahlungsmitteln hat: «Es ist anonym, greifbar bzw. physisch, kreditrisikolos, allgemein zugänglich, einfach nutzbar, es funktioniert unabhängig und verursacht den grössten «Schmerz des Bezahlens». Kurzum: Die Ausgaben lassen sich mit Bargeld gut kontrollieren», so Trütsch. Zudem ist Bargeld als Wertaufbewahrungsmittel sehr beliebt, insbesondere die grossen Noten. Die Nachfrage steigt bei Krisen jeweils deutlich.

«Bezahlverhalten ist gewohnheitsgetrieben»
Seit die Coronamassnahmen in der Schweiz aufgehoben wurden, hat sich das Einkaufs- und Bezahlverhalten wieder normalisiert und ist unterdessen wieder ähnlich wie vor der Pandemie. «Das Bezahlverhalten ist sehr gewohnheitsgetrieben. Warum wie bezahlt wird, passiert vielfach automatisiert bzw. unbewusst», so Trütsch.

Aber auch der Händlertyp bzw. der Verkaufsort und damit verbunden die Transaktionshöhe spielen eine Rolle. «Kleinbeträge werden häufig bar bezahlt. Bars, Cafés und Restaurants werden wieder häufiger besucht und dort ist Bargeld nach wie vor stark verbreitet. Zudem wird wieder vermehrt vor Ort statt online eingekauft – Letzteres lässt einen Barkauf nicht zu», sagt Tobias Trütsch.

U30 und Ü60 bezahlen gerne bar
Während die unter 30-Jährigen bei 28 Prozent der Zahlungen Bargeld verwenden, sinkt dieser Anteil gemäss der Studie bei den 30- bis 44-Jährigen auf 24 Prozent, um danach mit dem Alter bis zu den über 60-Jährigen auf 38 Prozent zu steigen.

Dass ausgerechnet jüngere Menschen häufiger bar bezahlen, erstaunt, hat aber gemäss Tobias Trütsch einen einfachen Grund. «Jüngere Personen haben teilweise nur beschränkten Zugang zu nicht-baren Zahlungsmitteln, weil sie gewisse Anforderungen nicht erfüllen. So muss man beispielsweise für eine Kreditkarte und Buy-now-pay-later-Angebote kreditfähig sein, sprich ein regelmässiges und bestimmtes Einkommen aufweisen. Diese Personengruppe verfügt aber eher über tiefere Einkommen.»

«Deutschland und Österreich gehören zu den grössten Bargeldliebhabern.»

Mehr Einkommen, mehr Barzahlungen
Trotz des Bargeld-Revivals: Am meisten Geld wird in der Schweiz nach wie vor mit der Kreditkarte ausgegeben. 27 Prozent des Umsatzes werden mit diesem Zahlungsmittel erzielt. Gar 34 Prozent Umsatzanteil sind es, wenn die mobilen Zahlungen per Kreditkarte mitgezählt werden. Diese haben bezüglich Anzahl und Umsatz im Jahr 2022 deutlich zugenommen. Und fast jede sechste Person in der Schweiz verzichtet mittlerweile sogar gänzlich auf Bargeld.

Diese Verhaltensweise ist mit zunehmendem Alter, höherem Einkommen sowie in der Deutschschweiz weniger verbreitet. Das hat gemäss Tobias Trütsch auch kulturelle Gründe. «Deutschland und Österreich gehören innerhalb der EU zu den grössten Bargeldliebhabern. Die Deutschschweizer sind kulturell eng mit diesen Ländern verbunden. Aber auch in Italien wird immer noch sehr viel mit Bargeld bezahlt. Warum schlussendlich innerhalb der Kulturen Unterschiede bestehen, lässt sich schwer beantworten.»

Wird Bargeld dereinst ganz verschwinden?
Gemäss dem Swiss Payment Monitor hat sich der Bargeldgebrauch in der Schweiz nach der Coronapandemie auf tiefem Niveau bei einem Transaktionsanteil von rund 30 Prozent eingependelt. «Das wird sich kurzfristig wohl nicht gross verändern», ist Trütsch überzeugt. «Längerfristig ist aber ein klarer Trend hin zu weniger Bargeldgebrauch zu erkennen. Dass Bargeld gänzlich verschwindet, ist schwer vorstellbar. Nicht zuletzt, weil es eine substanzielle Gruppe von Bargeldverfechtern gibt, die für ihre Bezahlfreiheiten kämpft. Erst kürzlich ist ja in diesem Zusammenhang die Volksinitiative für den Erhalt von Münzen und Banknoten zustande gekommen.»

Text: Patrick Stämpfli
Bild: Thomas Hary

Höhere Steuern für die Multis?



Eine internationale Regelung fordert Mindeststandards bei der Besteuerung multinationaler Unternehmen. Um Steuererträge im Land zu halten, empfehlen Bundesrat und Parlament den Beitritt zum neuen OECD-Steuerregime. Das Stimmvolk hat im Juni darüber zu befinden.

Ab 2024 sollen multinationale Unternehmen in der Schweiz, die einen Umsatz von über 750 Millionen Euro pro Jahr erwirtschaften, eine Gewinnsteuer von mindestens 15 Prozent zahlen. Bundesrat und Parlament sehen hierfür eine Verfassungsänderung vor, die Leitplanken für eine bundesrätliche Verordnung schaffen soll. So, dass eine zeitgerechte Teilnahme an diesem neuen OECD-Steuerregime per 2024 möglich wird. Bundesverfassungsänderungen bedürfen einer Volksabstimmung mit Volks- und Ständemehr. Wir haben deshalb am 18. Juni darüber zu befinden.

Steuerliche Mindeststandards
Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) fordern angesichts der zunehmen Globalisierung diese Besteuerung. Rund 140 Staaten haben sich bereit erklärt, einen solchen Mindeststandard vorzusehen. Auch die Schweiz signalisierte, diesen einführen zu wollen. Das eine Prozent der betroffenen Unternehmen hätten somit fortan über eine bundesweite Ergänzungssteuer höhere Steuern zu zahlen. Würden wir die Vorlage ablehnen, hätten sie die «ersparte» Differenz im Ausland abzugeben. Insofern ist es in unserem Interesse, für diese wenigen Unternehmen die Steuern ausnahmsweise anzuheben und die Erträge (1 bis 2,5 Milliarden Franken) in unsere «Kassen» fliessen zu lassen (Kantone: 75, Bund: 25 Prozent).

Nötige Steuerreform
Selbst einzelne Sozialdemokraten, die in den vergangenen Jahren gegen alle Steuerreformen anrannten, scheinen einzusehen, dass dieser Vorlage zugestimmt werden sollte. Insofern hoffen wir bei der Abstimmung vom 18. Juni auf allseitige Einsicht und Einigkeit.

Dr. rer. publ. HSG Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater,
Geschäftsführer Mediapolis AG in St.Gallen